



Einkommensrunde 2019

## Zäher Beginn und erster Protest





## Einkommensrunde 2019 gestartet – erste Protestaktionen

# Rostock macht den Anfang

Am 21. Januar 2019 haben die Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst begonnen. Die Beschäftigten in Rostock haben ihre Forderungen als erste mit Protestaktionen unterstrichen.

2

dbb

„Resultate statt Rituale“ hatte der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach noch direkt vor dem Auftakt der Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst der Länder gefordert. „Uns stehen komplizierte Verhandlungen bevor. Es geht nicht nur um eine lineare Erhöhung der Einkommen, sondern auch um strukturelle Verbesserungen, wie beispielsweise eine neue Entgeltordnung.“

Daher erwarte er von den Arbeitgebern, vertreten durch die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL), eine lösungsorientierte Verhandlungsführung. „Die ritualisierte Ablehnung

unserer Forderungen mit Verweis auf die hohen Kosten ist angesichts des Personalmangels und der immer noch beachtlichen Steuereinnahmen absolut aus der Zeit gefallen. Wir brauchen jetzt schnell Resultate.“

Der Auftakt gestaltete sich jedoch zäh, die Verhandlungen wurden nach der ersten Runde zunächst vertagt. Silberbach reagierte mit Unverständnis: „Gute Tarifpolitik kostet, schlechte kostet mehr.“

Da die Arbeitgeber kein Angebot vorlegten, machte dbb Tarifchef Volker Geyer mit Blick

auf die kommenden Verhandlungsrunden deutlich: „Argumente und Klarheit in Potsdam werden wir genauso brauchen wie die bundesweite Demonstration von Stärke und Geschlossenheit.“ Deshalb rufe der dbb die Fachgewerkschaften unter seinem Dach zu ersten dezentralen Aktionen auf. Geyer: „Wir müssen schon jetzt Druck aufbauen.“

### ■ Protest beginnt im Norden und Osten

In Rostock gingen daher bereits am 23. Januar 2019 die Landesbeschäftigten auf die Straße. „Es mangelt an allem und überall. Nur nicht an leeren Versprechungen“, kritisierte die Vorsitzende der dbb Jugend, Karoline Herrmann, die Arbeitgeber. Sie machte deutlich, dass die Beschäftigten neben einem ordentlichen Tarifabschluss auch dessen Übernahme für die Beamtinnen und Beamten sowie Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger der Länder und Kommunen erwarten.

Dietmar Knecht, Vorsitzender des dbb mecklenburg-vorpommern, sagte, dass aber auch

damit die Hausaufgaben im öffentlichen Dienst des Landes noch lange nicht gemacht seien: „Wir müssen dringend über ein Ende des Personalabbaus, weitere Attraktivitätssteigerungen, zusätzliche Verbesserungen bei Erschwernissen und Maßnahmen zur Nachwuchsgewinnung verhandeln.“

Auch in Sachsen-Anhalt regt sich bereits erster Protest. Wie kurz vor Redaktionsschluss bekannt wurde, planen die Beschäftigten für den 30. April



© Friedhelm Windmüller (6)

> dbb-Chefin Karoline Herrmann beim Protest in Rostock.

### > Kernforderungen des dbb

- > 6 Prozent mehr Einkommen, mindestens 200 Euro (Laufzeit: 12 Monate).
- > Eine angemessene und zukunftsfähige Entgeltordnung für den TV-L.
- > Die Erhöhung der Pflege-tabelle um 300 Euro.
- > Ein Fahrplan für die Einführung der Paralleltabelle im Bereich der Lehrkräfte.
- > Stufengleiche Höher-gruppierung.
- > 100 Euro mehr für Auszubildende.



2019 einen Aktionstag mit dezentralen „aktiven Mittagspausen“.

Wie nötig ein spürbares Einkommensplus und entsprechende Signale der Beschäftigten im Länderbereich sind, hatte dbb Chef Silberbach wenige Tage vor dem Beginn der Einkommensrunde im Interview mit dem Magazin „Wirtschaftswoche“ unterstrichen: „Wir brauchen eine kräftige Lohnerhöhung allein schon deshalb, um mehr Nachwuchskräfte anlocken zu können. Aktuell fehlen im öffentlichen Dienst über 200 000 Mitarbeiter, etwa in den Bereichen Innere Sicherheit, Bildung, Pflege und IT.“

Den Verweis der Arbeitgeber auf vermeintlich leere Kassen wollte er nicht gelten lassen: „Die Haushaltslage der Länder

ist gut. Wir unterstützen den Konsolidierungskurs der öffentlichen Hand. Aber zumindest könnte auf Länderebene der Abbau der Schulden langsamer ablaufen. Die Gesamtschulden der Länder sind im dritten Quartal 2018 um über 20 Milliarden Euro gesunken.“

#### ► Ärmere Länder bluten personell aus

Silberbach unterstrich ebenfalls die Forderung nach einer Eins-zu-eins-Übertragung des Tarifabschlusses auf die Beamtinnen und Beamten in den Ländern und bezeichnete es als „Skandal, wie unterschiedlich die einzelnen Bundesländer Tarifabschlüsse auf die Beamten übertragen. Ein Landesbeamter in Bayern verdient in der Besoldungsgruppe A 9 in der Endstufe 2 816 Euro – im Saarland sind es fast 16 Prozent weniger. Das

schafft große Probleme. Da der Fachkräftemangel auch im öffentlichen Dienst immer dramatischer wird, werben reichere Bundesländer mehr oder weniger offen Personal in ärmeren Ländern, die weniger zahlen können, ab. Da gibt es – leider – schon seit längerer Zeit einen regen Grenzverkehr. Ärmere Länder bluten dadurch personell immer stärker aus.“

Zudem gefährde die Besoldungsfrist die Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse, wenn sich die Qualität der öffentlichen Dienstleistungen zunehmend signifikant unterscheiden. „Der Wildwuchs im Besoldungsrecht muss aufhören. Wir brauchen für die Länder zumindest eine Art Korridorlösung“, forderte der dbb Chef.

#### > Hintergrund

Von den Verhandlungen über den Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) sind insgesamt rund 3,3 Millionen Beschäftigte betroffen: Eine Million Tarifbeschäftigte der Länder (ohne Hessen, das nicht Mitglied der TdL ist und gesondert Verhandlungen führt), für die der TV-L direkte Auswirkungen hat, sowie rund 2,3 Millionen Beamte und Versorgungsempfänger in Ländern und Kommunen (ohne Hessen), auf die der Tarifabschluss übertragen werden soll, um den Gleichklang der wirtschaftlichen und finanziellen Entwicklung im öffentlichen Dienst zu gewährleisten. Die weiteren zwei vereinbarten Verhandlungstermine zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern sind nach dem Auftakt am 21. Januar 2019 in Berlin der 6./7. Februar 2019 und 28./29. Februar/1. März 2019 (beide im Kongresshotel Potsdam).

### dbb regional magazin

Beilage zum „dbb magazin“

**Herausgeber:** Bundesleitung des dbb beamtenbund und tarifunion; Vorsitzende der dbb landesbünde mecklenburg-vorpommern, des SBB Beamtenbund und Tarifunion Sachsen, des dbb landesbundes sachsen-anhalt und des tbb beamtenbund und tarifunion thüringen, Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030. 4081-40. **Telefax:** 030.4081-5599. **Internet:** www.dbb.de. **E-Mail:** magazin@dbb.de

**Redaktion:** Michael Eufinger (leitender Redakteur)

**Verantwortliche Redakteure für:** Mecklenburg-Vorpommern: Anka Schmidt  
Sachsen: Beatrice Hala  
Sachsen-Anhalt: Silke Grothe  
Thüringen: Doreen Löser

Artikel, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Herausgeber, des Verlages oder der Redaktion dar. Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird der Einfachheit halber nur die männliche Form verwendet. Sämtliche Personen- und Berufsbezeichnungen gelten jedoch gleichermaßen für alle Geschlechter.

**Layout:** FDS, Geldern

**Titelfoto:** © Friedhelm Windmüller

**Verlag:** dbb verlag gmbh, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40. **Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** kontakt@dbbverlag.de

**Anzeigen:** dbb verlag gmbh, Mediacenter, Dechenstraße 15a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **Telefax:** 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacenter@dbbverlag.de

**Anzeigenleitung:** Petra Opitz-Hannen, **Telefon:** 02102.74023-715. **Anzeigenverkauf:** Christiane Polk, **Telefon:** 02102.74023-714. **Anzeigendisposition:** Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712, Preisliste 22, gültig ab 1.10.2018

**Herstellung:** L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern



> Dietmar Knecht, dbb Landeschef in Mecklenburg-Vorpommern, stand der Presse in Rostock Rede und Antwort.



## Pakt für Innere Sicherheit

# Justizvollzugsbeamte werden einbezogen

Entgegen allen vorherigen Verlautbarungen hat sich die Landesregierung kurz vor der Landtags-sitzung zum Haushalt dazu durchgerungen, auch den Allgemeinen Vollzugsdienst der Justiz in den Pakt für innere Sicherheit über den Nachtrags-haushalt einzubeziehen.

Landesjustizministerin Katy Hoffmeister erklärte in einer Pressemitteilung: „Wir haben uns mit der Koalition aus SPD und CDU geeinigt, dass künftig auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Justizvollzug eine deutlich höhere Wechselschichtzulage gezahlt wird. Es ist mir ein sehr wichtiges Anliegen, für das ich mich mit Nachdruck eingesetzt habe.“

Am Rande der Landtagssit-zung am 12. Dezember 2018 in Schwerin sagte der dbb Landes-vorsitzende Dietmar Knecht dazu: „Diese Kehrtwende be-grüßen wir im Namen aller Betroffenen.“ Damit reagiere die Landespolitik nicht zuletzt

auch auf die Forderungen der AG Justiz im dbb m-v, die bis in die Koalitionsfraktionen hinein-getragen worden waren. So hatte insbesondere die Gewerk-schaft Strafvollzug BSBD immer wieder betont, dass die Wechselschichtzulage ausschließlich dem Ziel diene, den körperli-chen und psychischen Belastun-gen, insbesondere durch den ständigen Schichtwechsel ein-schließlich der Nachtschichten, Rechnung zu tragen und daher auf alle Landesbediensteten anzuwenden sei.

Auch wegen des aus Sicht des dbb m-v fehlenden Differen-zierungsgrundes zum Polizeivoll-zugsdienst erhalten nun auch

Justizvollzugsbeamte eine Wechselschichtzulage in Höhe von 150 Euro pro Monat. „Dieses motivierende vorweih-nachtliche Zeichen sorgt mit Sicherheit für Freude in den Justizvollzugsanstalten des Landes. Nun kommt es darauf an, so schnell wie möglich die Änderung in die Erschwernis-zulagenverordnung einzubau-en“, betonte der dbb Landes-chef Knecht.

Darüber hinaus begrüße der dbb m-v auch die Wiedereinfüh-rung der Anwärtersonderzula-ge. Dazu der Vorsitzende des BSBD M-V, Hans-Jürgen Papen-fuß: „Als Gewerkschafter des Strafvollzuges freut es uns sehr, dass sich unsere Justizministe-rin so vehement für ihr Personal einsetzt. Denn nicht zuletzt ver-folgen wir das gleiche Ziel: mit motiviertem, engagiertem, gut ausgebildetem Personal unsere Welt ein Stück weit sicherer zu machen.“ Dazu gehöre neben einer angemessenen Entloh-

nung und der finanziellen Abbil-dung zusätzlicher Erschwernisse in Form von Zulagen, wie unter anderem dem Wechselschicht-dienst mit seinen Auswirkungen auf die persönliche Gesundheit und das familiäre Umfeld des Dienstleistenden, auch die be-rufliche Entwicklungsmöglich-keit über einen Zeitraum von mehreren Jahrzehnten, unter-strich Papenfuß.

Ein weiteres Zeichen der Aner-kenkung der Arbeitsleistungen sowie der Wertschätzung für die Beschäftigten könnte nun auch die Weiterentwicklung der Dienstpostenbewertungen für Justizvollzugsbedienstete, Justizwachtmeister und Be-schäftigte des Landesamtes für ambulante Straffälligenar-beit (LaStar) sein. So könnten möglicherweise nicht nur funk-tionsbezogene, sondern auch funktionslose Dienstposten in Spitzenämtern der jeweiligen Laufbahngruppe abgebildet werden. ■

dbb m-v fordert mehr Rückendeckung durch die Politik

## Ausschuss öffentlicher Dienst wäre ein motivierendes Signal

Angesichts der bevorstehenden Staatssekretärs-runde zum Personalkonzept bis 2030 hat der dbb Landesvorsitzende Dietmar Knecht erneut ein ver-nünftiges Personalmanagement in der Landes-verwaltung gefordert.

„Wenn die Landespolitik wei-ter an bestehenden Personal-abbaukonzepten festhält, läuft sie Gefahr, zum Sargträger von guten öffentlichen Dienstleis-tungen in Mecklenburg-Vor-pommern zu werden“, sagte

Knecht am 10. Dezember 2018 auf einer Personalversamm-lung des Innenministeriums im Beisein von Innenminister Lorenz Caffier. „Sicher erkenne ich an, dass an Brennpunkten – beispielsweise bei Polizei,

Richtern und Staatsanwälten – versucht wird, mittels Feuer-löschaktionen gegenzusteu-ern, aber der Personalmarkt ist nun mal leergefegt und die Landesverwaltung besteht nicht nur aus Polizei und Teilen der Justiz.“

Die Bürgerbefragung „Öffent-licher Dienst“ von forsa im Auftrag des dbb habe ergeben, dass immerhin 70 Prozent der Bevölkerung für einen starken Staat plädieren, der alle vor

ausufernden Entwicklungen schützen kann. Erstaunlich da-bei sei, dass dieselbe Anzahl von Menschen – bei Jüngeren sogar noch etwas mehr – der Überzeugung sei, dass unser Land keinesfalls für die Erledi-gung der Aufgaben zu viele Steuergelder verschlingt. An-gesichts dieser Werte seien laut Knecht zwei Dinge ver-wunderlich: „Erstens ist es be-merkenswert, dass wir alle es trotz der schwierigen und im-mer schwerer werdenden Rah-

menbedingungen überhaupt noch schaffen, unsere Aufgaben so professionell zu erfüllen, dass eine derart hohe Akzeptanz in der Bevölkerung erreicht wird. Zweitens ist es nicht nachvollziehbar, dass die

Politik nicht angemessen auf diesen Bürgerwillen reagiert, der sich schon über Jahre abzeichnet, und endlich überall Schluss macht mit dem unsäglichen Personalabbaukonzept, das jegliche Motivation ein-

dampft und die Krankenstände in die Höhe schnellen lässt.“

Damit auch die Landespolitik ihrer Fürsorgepflicht gegenüber den Bediensteten – egal ob tarifbeschäftigt oder verbe-

amtet – nachkommen könne, brauche man auch von dort mehr Rückendeckung. „So wäre ein Landtagsausschuss öffentlicher Dienst ein erster richtiger und motivierender Schritt“, unterstrich Knecht. ■

dbb m-v bei der 60. dbb Jahrestagung in Köln

## Deutschland geht nicht ohne den öffentlichen Dienst

Knapp 1 000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer kamen zur 60. dbb Jahrestagung vom 6. bis 8. Januar 2019 in das Kölner Congress-Centrum. Das Thema lautete: „100 Jahre Frauenwahlrecht – 70 Jahre Grundgesetz – 30 Jahre Friedliche Revolution: vereint in Einigkeit und Recht und Freiheit!“



© Friedhelm Windmüller

> Die Teilnehmer der dbb Jahrestagung 2019 aus M-V.

Damit wurden gleich drei Jubiläen bei der Arbeitstagung des dbb beamtenbund und tarifunion in Köln gewürdigt. Entsprechend hochkarätige Diskutanten und Impulsgeber, allen voran Bundesjustizministerin Katharina Barley, Innenstaatssekretär Stephan Mayer und NRW-Ministerpräsident Armin Laschet, gaben sich auf der Bühne die Hand.

Angesichts des schwindenden Vertrauens der Bürgerinnen und Bürger in staatliche Institutionen hat der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach massive Investitionen in den öffentlichen Dienst gefordert. Die Teilnehmer aus Mecklenburg-Vorpommern nutzten die Veranstaltung wie in jedem Jahr auch zum intensiven Meinungsaustausch sowie zur Bildung und Vertiefung von Netzwerken.

Von der Dienstherrn- beziehungsweise Arbeitgeberseite konnte dbb Landesvorsitzender Dietmar Knecht neben der Geschäftsführerin des KAV M-V, Gabriele Axmann, erstmalig den Abteilungsleiter 1 Konrad Herkenrath aus dem Innenministerium in Köln begrüßen. ■

GDL Nordost

## Bezirksvorstand tagte in Schwerin

Am 11. Januar 2019 hat sich im Schweriner Intercity Hotel der erweiterte Bezirksvorstand des GDL-Bezirks Nordost getroffen.

Im Rahmen einer hochkarätig besetzten Podiumsdiskussion ging es unter anderem um die Zukunftsfähigkeit des Schienenpersonenverkehrs in Mecklenburg-Vorpommern.

Verkehrsminister Christian Pegel dankte in seiner Einführung den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aller Eisenbahnen im Land für das, was sie oft unter schwierigen Rah-

menbedingungen leisten. Außerdem wies er darauf hin, dass beispielsweise geringere Ausgaben beim Netz „Ostseeküste“ dazu geführt haben, noch mehr Leistungen an an-

derer Stelle auf die Schiene zu bringen.

Für den parlamentarischen Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion, Jochen Schulte, war entscheidend, dass insbesondere durch die GDL-Tarifverhandlungen die Ausschreibungen nicht mehr über die

Personalkosten auf dem Rücken der Beschäftigten entschieden werden. Schwierig sind dagegen die Finanzierungen für Fahrzeugbeschaffungen geworden, da es gerade kleinere Eisenbahnunternehmen dort schwieriger als die Deutsche Bahn (DB) haben. Vereinfachungen, wie zum Beispiel eine Wiedereinsatzgarantie, sind derzeit in Planung.

Für den Fraktionschef der Freien Wähler M-V, Bernhard Wildt, wäre mehr Einheitlichkeit auf dem Eisenbahnmarkt besser, da sich dort Arbeitnehmerrechte unter anderem über Betriebsräte besser durchsetzen lassen als in kleinen Strukturen.

Einig war man sich bei der Kritik am Eisenbahnneuordnungsgesetz darüber, dass sich auch der Fernverkehr dem Wettbewerb stellen musste und er sich systematisch gerade aus Mecklenburg-Vorpommern zurückgezogen hat. Hier Verbesserungen zu erreichen, scheiterte allein schon am Organisationschaos der DB-Führung.



> Von links: Verkehrsminister Christian Pegel, GDL-Bundesvorsitzender Claus Weselsky, Jochen Schulte (parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion), Frank Nachtigall (Vorsitzender GDL-Bezirk Nordost), Dietmar Knecht (dbb Landesvorsitzender) und Bernhard Wildt (Fraktionschef Freie Wähler M-V).

Für GDL-Chef Claus Weselsky steht außer Frage, dass mehr Offenheit und Ehrlichkeit in der Debatte angebracht wären. Dazu gehöre auch die Notwendigkeit einer Bahnreform II, die die Infrastrukturbetriebe der DB neu ausrichtet. Außerdem müsse durch die Politik nach dem Motto „Eigentum verpflichtet“ das Gesamtsystem Bahn ertüchtigt werden. Die

Schlagzeilen der zurückliegenden Tage sprächen Bände und erübrigten eigentlich Streikmaßnahmen.

Der dbb Landesvorsitzende Dietmar Knecht kritisierte, dass die Frage, ob die mecklenburgische Südbahn wieder reaktiviert werden kann, offen blieb. Hier sei im Hinblick auf Tourismus, Daseinsvorsorge

und steigende Mobilität ein politisches Bekenntnis erforderlich.

Mit dem Appell der Anwesenden, dass auch die Indizierung der Ausschreibungsmodalitäten der Verkehrsgesellschaften der Länder überarbeitet werden müssen, endete die lebhaft und interessante Diskussion. ■

## Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG)

# Ronald Müller übernimmt Landesvorsitz

Am 23. November 2018 fand in Linstow der Delegiertenkongress des Landesverbandes Mecklenburg-Vorpommern der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG M-V) statt.

Zum neuen Landesvorsitzenden wählten die Delegierten Ronald Müller, seine Stellvertreter sind Annakatharina Kroege und Volker Walther. In ihrem Amt bestätigt wurden der Landesgeschäftsführer Uwe Kaatz und der Landeschatzmeister Jens Möckel. Oliver Nawotke führt zukünftig die JUNGE POLIZEI an und Benjamin Lüpke übernimmt die Verantwortung für die Landesgeschäftsstelle der DPoIG

M-V in Güstrow. „Ich freue mich auf eine konstruktive Zusammenarbeit“, so der neue Landesvorsitzende.

Der bisherige Landesvorsitzende Olaf Knöpken wurde für seine Verdienste in den letzten 15 Jahren zum Ehrenvorsitzenden der DPoIG M-V gewählt.

Gäste des Delegiertentages waren der DPoIG-Bundesvor-

sitzende Rainer Wendt sowie der dbb Landesvorsitzende Dietmar Knecht. Dieser dankte der DPoIG insbesondere für die aktive Unterstützung bei der Umsetzung der Forderungen des dbb m-v im Rahmen des Paktes für Innere Sicherheit. So habe die Landesregierung neben der Schaffung zusätzlicher Polizeistellen auch die Erhöhung der Wechselschichtzulage auf den Weg gebracht. Dies hatten DPoIG-Vertreter

unter anderem im Gespräch mit Ministerpräsidentin Manuela Schwesig im März des vergangenen Jahres gefordert.

Allerdings gebe es keinen Grund, sich zurückzulehnen, betonte der dbb Landesvorsitzende: „Der dbb m-v setzt weiter auf eure Unterstützung bei zukünftigen Aufgaben, wie beispielsweise die Durchsetzung unserer Forderung nach einer Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage, die lineare Erhöhung der Zulagen oder die Schaffung von zusätzlichen Beförderungsmöglichkeiten.“ ■



Für ein starkes Europa

# Neujahrsempfang von Ministerpräsidentin Manuela Schwesig

Für eine stärkere Zusammenarbeit in Europa warb Ministerpräsidentin Manuela Schwesig am 14. Januar 2019 auf ihrem Neujahrsempfang in Neubrandenburg. „Europa ist die größte Chance, die wir haben“, sagte Schwesig vor den rund 500 Gästen. „Mecklenburg-Vorpommern ist heute eine Region mitten in Europa, in guter Partnerschaft mit allen Nachbarn. Das ist der Weg, den wir weitergehen müssen.“

Auf dem Neujahrsempfang traf die Ministerpräsidentin auch den dbb Landesvorsitzenden Dietmar Knecht zum Gespräch. „Die Landesregierung hat 2018 viele wichtige Projekte vorangebracht, von der beitragsfreien Kita über die digita-

le Agenda bis zum Pakt für Sicherheit. Das geht nur mit einer leistungsfähigen Verwaltung. Vielen Dank an alle Beschäftigten des Landes für ihre engagierte Arbeit, ebenso an alle ihre Kolleginnen und Kollegen in den Kommunalverwal-



> Auch dbb Landeschef Dietmar Knecht wurde von Ministerpräsidentin Manuela Schwesig begrüßt.

tungen“, sagte die Ministerpräsidentin. „Dem dbb danke ich für die kritische Begleitung und

die konstruktive Mitarbeit insbesondere am Pakt für Sicherheit.“

Erste Landesdelegiertenkonferenz des BvLB M-V

## Berufsschullehrerverband fordert Absenkung der Unterrichtsverpflichtung

Am 24. November 2018 fand die erste Landesdelegiertenkonferenz des Berufsschullehrerverbandes BvLB statt.

Nach der Eröffnung lobte der dbb Landesvorsitzende Dietmar Knecht den BvLB für die aktive Mitarbeit bei der Entwicklung der beruflichen Schulen in Mecklenburg-Vorpommern und rief mit Blick auf zukünftige Aufgaben zu einer weiteren aktiven Teilnahme an den Aktionen im Rahmen der Tarifrunde auf. Hierbei könne der Verband immer auf die Unterstützung des dbb setzen.

Nach den Berichten des Landesvorsitzenden Holger Ver-

chow, des Kassenwartes und der Kassenprüfer wurde über die Berichte diskutiert und anschließend abgestimmt. Danach erfolgte die Entlastung des Vorstandes für die Arbeit des vergangenen Jahres.

Für die weitere Sacharbeit des Landesverbandes in einem sich ständig wandelnden Umfeld wurden Sachanträge an die Delegiertenkonferenz gestellt, diskutiert und beschlossen. Diese richteten sich unter anderem auf die Verbesserung

der Arbeitsbedingungen und auf die Stärkung der beruflichen Bildung im Land. Im Vordergrund der Forderungen der Mitglieder steht die Absenkung der Unterrichtsverpflichtung auf 25 Stunden sowie die Altersanrechnungsstunden mit dem Erreichen des Alters und nicht erst im folgenden Schuljahr.

Die Anforderungen an die Lehrkräfte sind einem ständigen Wandel ausgesetzt. Der BvLB fordert daher eine Steigerung der fachlichen Fort- und Weiterbildung der Lehrkräfte, insbesondere im Hinblick auf die Wirtschaft 4.0. Ein weiteres wichtiges Gebiet ist die Gewinn-

nung von Fachkräften für die Berufsschulen. Die demografische Entwicklung im Bereich der Lehrkräfte an beruflichen Schulen sieht nach Auffassung des BvLB für die Zukunft besorgniserregend aus. Rund 46 Prozent der Lehrerinnen und Lehrer an den Schulen sind 55 Jahre oder älter. Hier fordert der Verband den Arbeitgeber auf, alles in seiner Macht Stehende zu unternehmen, um ausgebildete Fachkräfte an die beruflichen Schulen zu binden.

Mit der Vorbereitung und Durchführung der Landesdelegiertenkonferenz 2019 wurde der Regionalverband Greifswald beauftragt.

## Jahresausblick

# Wir machen Staat!

„In Herausforderungen Chancen sehen“ – mit diesem Motto starteten wir im April 2018 in die nächsten fünf Jahre gewerkschaftlicher Arbeit. Wenn ich heute auf das noch junge Jahr 2019 blicke, ist dieser Slogan aktueller denn je. Wir stehen vor einem Jahr voller Herausforderungen, aber damit eben auch vor genau so vielen Chancen.

Ende Januar startet die Einkommensrunde für die Angestellten nach dem TV-L und die sächsischen Beamten. Bereits jetzt scheint klar, dass die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) die von den Gewerkschaften formulierten, berechtigten Forderungen nicht ohne Weiteres akzeptieren wird. Klar muss aber sein, dass ein leistungsfähiger öffentlicher Dienst der Länder nur mit attraktiven und zukunftsfähigen Arbeits- und Einkommensbedingungen bestehen kann. Ich bin mir deshalb sicher, dass wir unsere Forderungen in Gemeinsamkeit von Jung und Alt, Beamten und Arbeitnehmern, Frauen und Männern, unserer Fachgewerkschaften und Verbänden im SBB deutlich vertreten werden. Dabei bitte ich Sie alle schon heute herzlich um Ihre Unterstützung – denn es geht um uns, um Wertschätzung und unsere Arbeit von morgen!

Die Bediensteten in allen Bereichen unserer öffentlichen Verwaltung sind, so meine feste Überzeugung, die wichtigste Ressource für das Gemeinwohl und damit für die Zukunft unseres Freistaates. Diesem Gedanken folgend ist es ausdrücklich zu begrüßen, dass die sächsische Regierung mit der Personalkommission II ein Gremium berufen hat, welches den künftigen Personalbedarf in der Verwaltung realistisch und mit wissenschaftlicher Begleitung ermitteln soll. Der SBB ist in dieser Kommission vertreten. Dies ist einerseits Anerkennung für unsere Arbeit, an-



> Nannette Seidler, SBB-Landesvorsitzende

dererseits aber auch die große Chance, Zukunft für unsere Kolleginnen und Kollegen mit zu gestalten.

Überhaupt stehen im Jahr 2019 die Zeichen im Freistaat auf „Zukunft gestalten“. So stehen Wahlen für das Europäische Parlament sowie die Kommunal- und Landtagswahlen an.

Wir alle sind nicht nur Bedienstete oder Gewerkschafter, sondern allem voran Bürgerinnen

und Bürger unseres Freistaates Sachsen, unserer Bundesrepublik und unserer Europäischen Union. Allen muss eines klar sein: Demokratische und rechtsstaatliche Grundsätze sind die Basis unseres gewerkschaftlichen Tuns, sind elementar für Mitbestimmung, Mitgestalten und bürgerschaftliches Engagement. Lassen Sie uns nicht vergessen, dass das Recht auf freie Meinungsäußerung und freie Wahlen zentrale Ziele der friedlichen Revolution vor nunmehr 30 Jahren, auch in

Sachsen, waren. Einhundert Jahre Frauenwahlrecht sollten uns nicht in erster Linie ein Jubiläum, sondern eine Verpflichtung sein, dieses hohe Gut auch zu achten und nutzen.

Der SBB wird in Vorbereitung der Wahlen vieles hinterfragen. Aber auch Sie sind gefragt. Unter dem Motto „Miteinander reden!“ veranstaltet die Sächsische Staatsregierung in 2019 eine Dialogreihe in allen Landkreisen und kreisfreien Städten. Gefragt ist in regionalen Runden die Meinung von Bürgerinnen und Bürgern, die sich in Vereinen – wie den Gewerkschaften und Verbänden des SBB – engagieren. Der SBB ist einer von 20 sächsischen Vereinen, die in der Dialogreihe mitwirken und mitdiskutieren, unsere Expertise ist also auch hier anerkannt und geschätzt.

Über die Termine der Dialogreihe werden wir jeweils informieren. Ich lade Sie herzlich ein, sich mit Ihren Themen für Sachsen einzubringen.

Als Bürgerinnen, Gewerkschafter, Kolleginnen und Demokraten sind wir reichlich gefordert.

Aber wir alle sind auch Familienmitglieder und Freunde; Menschen eben, die gesund, glücklich und in Frieden leben wollen. Dies alles wünsche ich Ihnen und uns für 2019, passen Sie gut auf sich auf!

*Ihre  
Nannette Seidler,  
SBB-Landesvorsitzende*



## &gt; dbb Jahrestagung



© Marco Urban

Auch aus Sachsen waren Vertreter zur 60. Jahrestagung des dbb in Köln dabei:

1. Reihe (von links): Klaus Richter, SBB Senioren; Nannette Seidler, Landesvorsitzende SBB; Norbert Bullmann, stellvertretender Landesvorsitzender SBB; Rita Müller, Vorsitzende SBB Senioren;
2. Reihe (von links): Klaus-Peter Schölzke, stellvertretender Landesvorsitzender SBB; Cathleen Martin, stellvertretende Landesvorsitzende SBB; Beatrice Hala, Geschäftsführerin SBB, Karen Siwonia, stellvertretende Landesvorsitzende; Tanja Teich, Vorsitzende SBB Frauen;
3. Reihe (von links): Henrik Biehle, Vorsitzender SBB Jugend; André Ficker, stellvertretender Landesvorsitzender SBB; Michael Jung, stellvertretender Landesvorsitzender

## Auftaktberatung

## Grundsatzkommission Mitbestimmung

Die neu gebildete Grundsatzkommission Mitbestimmung des SBB setzt die Arbeit der bisherigen Kommission Personalvertretungsrecht fort. Schwerpunkt wird nun das Thema Betriebsverfassungsgesetz der privatisierten Bereiche sein. In einer Auftaktberatung am 4. Dezember 2018 wurden die Arbeitsschwerpunkte besprochen.

Neben der Bearbeitung der Anträge des SBB Gewerkschaftstages und der Aufbereitung

von Informationen zu aktuellen Rechtsprechungen stehen im Mai 2019 turnusmäßig die

Wahlen zu den Jugend- und Auszubildendenvertretungen nach dem Sächsischen Personalvertretungsgesetz (Sächs-PersVG) als Aufgaben an. Die Arbeit für ein zukunftsorientiertes modernes Personalvertretungsrecht wird auch im Jahr der Landtagswahl ein Themenschwerpunkt sein. Ein modernes Personalvertretungsgesetz ist Ausdruck einer modernen Personalführung. Die Mitbestimmung im Betrieb

und in der Dienststelle wird durch die Zusammenarbeit aller Vertretungen der Beschäftigten von Betriebsrat, Personalrat, Frauenbeauftragte, Jugend- und Auszubildendenvertretung und Schwerbehindertenvertretung bestimmt. Hier bieten wir Hilfestellung und Unterstützung an.

*André Ficker,  
Vorsitzender  
GK Mitbestimmung*

## SBB Senioren

## 2. Seniorentag tagte in Dresden

Am 29. November 2018 fand der 2. Seniorentag der SBB Senioren statt. An der Beratung nahmen Delegierte und Gastdelegierte der im SBB organisierten Gewerkschaften und Verbände teil.

Das Motto des dbb Bundesessenienkongresses „Ob jung, ob alt – Zusammenhalt“ wurde aufgegriffen und unter sächsischen Bedingungen diskutiert und beleuchtet.

Eine gute Diskussionsgrundlage schaffte der Vortrag des Leiters des ifo Institutes Mün-

chen, Niederlassung Dresden, Prof. Dr. Marcel Thum. Der Professor hatte von 1996 bis 2001 den Lehrstuhl für Nationale Ökonomie und Finanzwirtschaft der Universität München inne und ist seit 2001 Professor am Lehrstuhl für Finanzwissenschaft der TU Dresden. Für den Zeitraum 2019 bis



© B.Hala@SBB (2)

> Vorstand: Ute Döring, Rita Müller, Klaus Richter (von links)

2022 ist er in den erweiterten Vorstand des Vereins für Sozialpolitik gewählt worden. Der Verein ist mit 4.000 Mitgliedern aus Hochschullehrern und Nachwuchswissenschaftlern eine der größten Vereinigungen von Wirtschaftswissen-

schaftlern in Europa. Thum hat in den letzten drei Jahren die SBB Senioren maßgeblich bei der Durchführung der Hauptversammlungen unterstützt, indem er fachkompetente Professoren und wissenschaftliche Mitarbeiter mit Vorträgen zu

Themen wie die Finanzkrise und den demografischen Wandel entsandte.

In seinem Vortrag „Ungleichheit und Soziale Marktwirtschaft“ wurden die Zusammenhänge von Wirtschaft, Solidargemeinschaft und soziales Empfinden im Zuge der weiteren Entwicklung des Landes anschaulich erläutert. Analytisch betrachtete er:

- > Driften die Regionen in Deutschland auseinander?
- > Regionale Ungleichheit im Zeitverlauf
- > Einkommensungleichheit in Deutschland und die Rolle des Sozialstaates
- > Einkommensungleichheit im internationalen Vergleich und die Wahrnehmung der Ungleichheit

In seiner Ursachenanalyse legte Thum dar, dass die Massenarbeitslosigkeit der 90er-Jahre zur Abnahme der Tarifbindung



führte, mit Dezentralisierung der Lohnverhandlungen und Einführung von Öffnungsklauseln. Es erfolgte eine Flexibilisierung des Arbeitsmarktes. Durch die Hartz-Reformen stieg die Bereitschaft, gering bezahlte Jobs anzunehmen. Das alles führte zu der Wahrnehmung des „Abgehängtseins“. Die Statistiken belegen jedoch diese Wahrnehmung so nicht.

Im Anschluss richtete Norbert Bullmann sein Grußwort im Auftrag der Vorsitzenden des SBB an die Teilnehmer.

Das Präsidium mit Roswitha Wiest, Ewald Walisch und Die-

ter Schäfer führte souverän durch die Veranstaltung, leitete die Diskussionen und die Wahl. Dafür unser Dank.

Die Delegierten bestätigten den Geschäftsbericht für den Zeitraum 2013 bis 2018 und den Kassenbericht sowie eine engagierte Arbeit des Vorstandes und eine gute Vorbereitung des Senientages. Die Satzung der SBB Seniorenvertretung wurde in Richtlinie der SBB Senioren verändert.

Dr. Hans Peter Klotzsche wurde zum Ehrenmitglied ernannt. Der neue Vorstand der SBB Se-

nieren besteht aus Rita Müller (BDZ) als Vorsitzenden und aus den Stellvertretern Klaus Richter (GdS) und Ute Döring (DSTG).

Der neu gewählte Vorstand wird die Aufgaben aus dem Geschäftsbericht und dem bestätigten Positionspapier der SBB Senioren zu den offenen Problemen der Alterssicherung zum Schwerpunkt der Arbeit machen.

Gehen wir die Themen mit Elan an!

*Ihre  
SBB Senioren*

## SBB Frauen

# Klausurtagung

Im November 2018 wählten die Frauen der Mitgliedsgewerkschaften auf dem VI. Landesfrauenkongress den neuen Vorstand. Bereits zum Ende des Jahres 2018 gab es viel zu tun. Ein wichtiges Thema war das neue Gleichstellungsgesetz.

Die Ministerin für Gleichstellung und Integration, Petra Köpping, stellte den aktuellen Stand am 30. November 2018 im Gleichstellungsbeirat vor. Da verschiedene Neuerungen aufgrund der Abstimmungen innerhalb der Staatsregierung wieder entfallen sollten, entstand eine große Diskussion, welche in dieser begrenzten Zeit nicht beendet werden konnte. Um sie fortzusetzen und alle Punkte zu erörtern, traf sich der Gleichstellungsbeirat noch vor Weihnachten am 17. Dezember 2018 zu einer Sondersitzung. Wir sind

gespannt, ob der bereits seit 2016 im Ministerium bearbeitete Gesetzentwurf nun zeitnah fertiggestellt wird.

Gleich zu Beginn des neuen Jahres fand unsere zweitägige Klausurtagung statt. Hier diskutierten und erörterten wir unsere Ideen, Themen und Fragen. Während der Findung unserer Aufgaben stellten wir fest, dass wir einen großen bunten Strauß an spannenden Themen und Projekten entwickelten. Alle gleichzeitig zu bearbeiten – da sind wir realistisch – werden wir nicht



> Start der Arbeitstagung der SBB Frauen

schaffen. Daher haben wir angefangen, Prioritäten zu setzen und Verantwortlichkeiten festzulegen. Die Klausurtagung war ein wichtiger Schritt, um in unseren folgenden Sitzungen weiter zielgerichtet arbeiten zu können.

Bei unserem Brainstorming und Austausch wurde einmal mehr deutlich: Unsere Mitgliedsgewerkschaften sind die wichtigste Basis für unsere Arbeit. Denn wir setzen uns für

ihre Belange und Themen ein und transportieren diese weiter. Daher sind für uns eine gute Kommunikation und ein regelmäßiger Austausch wichtig.

Wir freuen uns auf die anstehende Arbeit sowie die kommenden Veranstaltungen und werden regelmäßig darüber berichten.

*Ihre  
SBB Frauen*



Aus den Mitgliedsgewerkschaften

## vbba Sachsen: Landesgewerkschaftstag

Vom 1. bis 2. November 2018 fand der Landesgewerkschaftstag der vbba Sachsen in Meißen statt.

Die Delegierten wählten den neuen Landesgruppenvorstand für Sachsen und entschieden

sich dabei einstimmig für eine Doppelspitze, bestehend aus zwei Co-Vorsitzenden.

Roland König vertritt zukünftig die Kolleginnen und Kollegen aus den sächsischen

Agenturen für Arbeit, während Diana Malolepszy die Vertreterin der Beschäftigten in den sächsischen Jobcentern ist. Daneben wurden zwei Stellvertreter und drei Beisitzer gewählt.



© Diana Malolepszy

Dem bisherigen Landesgruppenvorsitzenden Detlef Kaczmarek wurde von den Teilnehmenden für seine engagierte Arbeit in den vergangenen Jahren gedankt. Im neu gewählten Landesgruppenvorstand wird er sich als Seniorenvertreter auch weiterhin für die vbba einsetzen.

Die Grußworte der Bundesleitung der vbba überbrachte Uwe Mayer. Er berichtete zu aktuellen gewerkschaftlichen Themen und Entwicklungen.

Aus den Mitgliedsgewerkschaften

## VBSR: Neuer Vorstand

Bei der Vereinigung der Beschäftigten des Sächsischen Rechnungshofes (VBSR) stand nach dreijähriger Amtszeit die Neuwahl des Vorstandes an, für die der langjährige Vorstandsvorsitzende Karl-Heinz Ligotzki nicht wieder antrat.

Seit der Gründung der Fachgewerkschaft 1995 leitete er engagiert den VBSR und nahm an den Sitzungen des Landesvorstandes des SBB und den Gewerkschaftstagen teil. Am 29. November 2018 wurde nun der neue Vorstand einstimmig von der Mitgliederversammlung gewählt: Dr. Monika Zekert als Vorsitzende, Steffen Zerbs als stellvertretender Vorsitzender und Simone Rang als Kassiererin.

Der Vorstand wird an den Ergebnissen der bisherigen Vorstandsarbeit im Sächsischen Rechnungshof anknüpfen und sich für die Belange und Interessen der Mitglieder einsetzen. Schwerpunkt bleibt der Austausch und die Vernetzung mit dem SBB, dem örtlichen und überörtlichen Personalrat sowie die stetigen Gespräche mit dem Präsidenten.



© VBSR

> Dr. Monika Zekert, Steffen Zerbs, Simone Rang (von links)

## Einkommensrunde Länder 2019

# Geld und Gerechtigkeit

Am 21. Januar 2019 haben die Tarifverhandlungen für die Beschäftigten der Länder begonnen. Am 20. Dezember 2018 hat die dbb Bundestarifkommission ihre Forderungen dazu beschlossen: 6 Prozent mehr für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst, mindestens aber 200 Euro.



© Friedhelm Windmüller (2)

> Eine deutliche lineare Anhebung ist längst überfällig.

Händeringend suchen die Länder nach Lehrkräften, von Kiel bis Stuttgart schiebt die Polizei Hunderttausende von Überstunden vor sich her, der IT-Fachmann macht einen großen Bogen um den öffentlichen Dienst und auch die Unikliniken finden keinen Nachwuchs mehr. Mit dieser Bestandsaufnahme hat der dbb eine offensive Einkommensrunde 2019 mit den Ländern eingeläutet.

„Wir können in einer Einkommensrunde nicht alle Versäumnisse der Politik korrigieren. Aber wir können und müssen einen Beitrag leisten“, begründete dbb Chef Ulrich Silberbach die am 20. Dezember 2018 in Berlin beschlossene dbb Forderung zur Einkommensrunde. „Wir müssen denken, die unser Land in schwieriger Zeit am Laufen halten, ein

großes Stück vom Kuchen geben und wir brauchen eine attraktive Bezahlung, um überhaupt noch qualifizierte junge Leute in den Landesdienst zu

locken. Das ist längst kein Selbstläufer mehr!“

### ■ „Wir werden nix geschenkt bekommen“

Wolfgang Ladebeck, Chef des dbb in Sachsen-Anhalt, hat klare Forderungen für die Kommunal- und Landesbeamten: „Dass das Volumen des Tarifabschlusses eins zu eins auf die Landes- und Kommunalbeamten übertragen wird, ist in Sachsen-Anhalt beschlossene Sache und steht im Koalitionsvertrag. Darüber hinaus fordern wir die Erhöhung und Dynamisierung des Weihnachtsgeldes, erwarten die Beseitigung des Beförderungsstaus und benötigen dringend eine Erhöhung der Zulagen.“ Silberbach und Ladebeck stellen übereinstimmend fest: „Klar muss aber auch sein,

wir werden nix geschenkt bekommen. Für ein gutes Ergebnis müssen wir kampfbereit sein. Das gilt für Beamtinnen und Beamte, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gleichermaßen.“

### ■ dbb Branchentage

Zur Vorbereitung der Forderungsfindung der dbb Bundestarifkommission hatten die Mitglieder der dbb Fachgewerkschaften das Wort. Im Rahmen von bundesweiten Branchentagen diskutierten die Mitglieder über die spezifischen Probleme ihrer Berufsgruppe.

Am 14. November 2018 hatten die Beschäftigten der Straßen- und Autobahnmeistereien in Sachsen-Anhalt das Wort und diskutierten mit dem Bundes-

#### > Die Kernforderungen

- > 6 Prozent mehr Einkommen, mindestens 200 Euro (Laufzeit: 12 Monate),
- > eine angemessene und zukunftsfähige Entgeltordnung für den TV-L,
- > die Erhöhung der Pfegetabelle um 300 Euro,
- > ein Fahrplan für die Einführung der Paralleltabelle im Bereich der Lehrkräfte,
- > stufengleiche Höhergruppierung,
- > Festbetrag für Auszubildende in Höhe von 100 Euro.



vorsitzenden der Fachgewerkschaft der Straßen- und Verkehrsbeschäftigten (VDStra.), Hermann-Josef Siebigteroth, über ihre Forderungen zur Einkommensrunde 2019 mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL).

„Straßenwärter sind mehr wert!“ – so das klare Meinungsbild des Branchentages für die Straßen- und Verkehrsbeschäftigten in der Autobahnmeisterei Peißen. Die Mitglieder des VDStra. gaben ihre Forderungen Hermann-Josef Siebigteroth, der auch stellvertretender Vorsitzender der dbb Bundestarifkommission ist, mit auf den Weg.

Siebigteroth stellte klar: „Es darf in keinem Fall zu einem dauerhaften Tarifgefälle zwischen TVöD und TV-L kommen. Zudem ist eine deutliche lineare Anhebung überfällig. Erforderlich ist auch die Angleichung der Arbeitszeiten für die Beschäftigten auf einem einheitlichen Niveau sowie eine pauschalierte Gefahrenzulage in ausreichender Höhe, damit die Kolleginnen und Kollegen die Gefahr der Berufsunfähigkeit privat einigermaßen absichern können. Um unser qualifiziertes Personal halten und überhaupt Nachwuchs finden zu können, müssen Straßenwärter mit dreijähriger Berufserfahrung zumindest in die Entgeltgruppe 6 eingruppiert werden.“

#### ■ Wie geht es weiter mit der IGA?

Intensiv diskutiert wurde insbesondere die Entwicklung rund um die Entwicklungsgesellschaft des Bundes (IGA) und deren Auswirkung auf die Beschäftigten der Autobahnmeistereien. Hier wurde über mögliche Chancen gesprochen – aber auch die Risiken, die durch einen eigenständigen IGA-Tarifvertrag entstehen können. „Es besteht die Möglichkeit, bessere Standards für die Beschäftigten der Straßen-



> In dieser Tarifrunde geht es nicht nur um mehr Geld, sondern auch grundsätzlich um Aufmerksamkeit für die teilweise miserablen Arbeitsbedingungen.

meistereien zu setzen, die dann auch für die Beschäftigten in den Kommunen und Ländern als Orientierung dienen. Zunächst müssen die Risiken für die Beschäftigten durch entsprechende Regelungen ausgeräumt werden. Derzeit ist es viel zu früh, den Beschäftigten zum Wechsel zu raten“, sagte Siebigteroth. Allerdings seien die Gespräche mit dem Bundesverkehrsministerium auf einem guten Weg.

#### ■ Klartext bei der Polizei

Landesbeschäftigte, größtenteils aus dem Polizeibereich, haben auch am 22. November 2018 beim dbb Branchentag in Magdeburg klar und deutlich ihre Erwartungen an die bevorstehende Einkommensrunde formuliert. Kritik an der zunehmenden Arbeitsverdichtung

war dabei ebenso deutlich zu vernehmen wie Unmut über die fehlende Wertschätzung, mit der die Landesregierung von Sachsen-Anhalt ausgerechnet den Frauen und Männern begegnet, die rund um die Uhr für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger im Einsatz sind.

Volker Geyer, dbb Fachvorstand Tarifpolitik, forderte die Kolleginnen und Kollegen auf, diesen Unmut in Tatkraft umzuwandeln: „Heute sammeln wir Argumente. Wenn die Tarifverhandlungen im Januar begonnen haben, müssen wir aber bereit sein, sie zur Not auf die Straße zu tragen. Denn der Weg zu einem ordentlichen Ergebnis führt mit ziemlicher Sicherheit nur über Druck auf die Arbeitgeber. Die Politiker sollen verstehen, was

Bürgerinnen und Bürger schon lange wissen: Öffentlicher Dienst ist MEHRWERT.“ Dafür würden alle Statusgruppen benötigt, so Geyer, denn der Tarifabschluss sei auch ein wichtiger Parameter für die Besoldungserhöhungen der Landes- und Kommunalbeamten.

Rainer Wendt, Bundesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPOIG), hob die außerordentlichen Leistungen hervor, die der Polizei tagtäglich abverlangt werden. „Dafür wollen die Kolleginnen und Kollegen zu Recht Anerkennung und eine angemessene Bezahlung“, so Wendt. Die Aufgabenpalette sei lang, da gerade in den letzten Jahren viele Aufgaben – Großeinsätze, Terrorgefahr, Kriminalitätsbekämpfung, Verkehrssicherheit



> Die Teilnehmer aus Sachsen-Anhalt an der Sitzung der dbb Bundestarifkommission.

#### > Hintergrund

Seit 21. Januar 2019 verhandeln die Gewerkschaften und die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) über das Einkommen für rund eine Million Angestellte. Die angestrebte Tarifeinigung soll auf die 1,2 Millionen Beamten von Ländern und Kommunen übertragen werden sowie auf etwa eine Million Pensionäre.

– dazugekommen seien. „Die Personaldecke jedoch ist dünn. Wir brauchen deshalb endlich mehr Personal – gut ausgebildet und gut bezahlt. Der Polizeiberuf ist ein attraktiver Beruf, aber das muss sich in den Arbeitsbedingungen und beim Einkommen widerspiegeln“, sagte der DPolG Chef.

Wolfgang Ladebeck, in Personalunion Landeschef des dbb und der DPolG in Sachsen-Anhalt, sagte: „In der Tarifrunde geht es nicht nur um mehr Geld, sondern auch grundsätzlich um Aufmerksamkeit für die teilweise miserablen Arbeitsbedingungen. Die Deutsche Polizeigewerkschaft hat

die Polizeidirektion Sachsen-Anhalt Nord, in der wir heute zusammengekommen sind, schon zwei Mal zum schlechtesten Dienstgebäude in Deutschland gekürt – 2011 und 2017. Letzte Woche hat die Landesregierung nun endlich den Startschuss für die Sanierung gegeben. Weil es aber das

Bau- und Liegenschaftsmanagement Sachsen-Anhalt (BLSA) nicht geschafft hat, angemessene Ausweichquartiere bereitzustellen, wird abergerissen und neu gebaut – bei laufendem Dienstbetrieb! Das ist eine Zumutung, sowohl für die Bediensteten als auch für die Bürgerinnen und Bürger.“ ■

## Polizeistrukturreform

# Polizei ist reformmüde

Der Landtag Sachsen-Anhalt hat in seiner November-sitzung 2018 das Gesetz zur Polizeistrukturreform beschlossen, das zum 1. Januar 2019 in Kraft getreten ist.

Die gegenwärtige und die zu erwartende Entwicklung der Sicherheitslage in Deutschland war Anlass für die Landesregierung, die derzeitige Sicherheitsstrategie an die bestehenden und künftigen Anforderungen anzupassen. Wolfgang Ladebeck, Landesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPolG) und Landeschef des dbb sachsen-anhalt, erklärte dazu aber: „Die Umsetzung der Polizeistrukturreform ab 1. Januar 2019 ist nicht realisierbar.“

Grundsätzlich begrüße die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPolG) das Ziel, zukunftsfähige polizeiliche Organisationsstrukturen zu schaffen, die es ermöglichen, die Aufgaben der Polizei effektiv und effizient zu erfüllen. „Doch die Umsetzung ab 1. Januar 2019 ist nicht realisierbar“, sagte Ladebeck. Die Liegenschaften der Polizei, deren Technik und das Personal seien nicht ausreichend. Es müsse deutlicher auf die zu geringe personelle Ausstattung der Verwaltung der Polizei und nicht nur auf den Vollzugsbereich geblickt werden. Es sei unsinnig, administrative Arbeiten von Vollzugsbeamten aus-

führen zu lassen. Diese fehlten dann auf der Straße. Die Polizei sei reformmüde.

Im Rahmen der Reform sind zum Januar 2019 vier an den Zuständigkeitsbezirken der Landgerichte ausgerichteten Polizeiinspektionen als Polizeibehörden in Dessau-Roßlau, Halle (Saale), Magdeburg und Stendal geschaffen worden. Die Polizeiinspektionen treten an die Stelle der bisherigen drei Polizeidirektionen Nord, Süd und Ost, denen die Polizeireviere als Dienststellen nachgeordnet sind. Zudem ist mit der Polizeiinspektion Zentrale Dienste eine neue Polizeibehörde geschaffen worden. Die bisherigen Polizeieinrichtungen Technisches Polizeiamt und Landesbereitschaftspolizei sind in diese neue Behörde übergegangen. Ferner sind der neuen Polizeibehörde die wasserschutzpolizeiliche Zuständigkeit für das gesamte Land sowie zentralisierbare administrative Aufgaben für die übrigen Polizeibehörden übertragen worden. Die Fachhochschule Polizei Sachsen-Anhalt ist als einzige Polizeieinrichtung mit ihrem bisherigen Aufgabenbereich geblieben.

### ■ Orientierung an Strafverfolgungs- und Sicherheitsbehörden

Ziel der Polizeistrukturreform ist, zukunftsfähige polizeiliche Organisationsstrukturen zu schaffen, die es der Polizei ermöglichen, ihre Aufgaben sowohl effektiv als auch effizient zu erfüllen. Dazu sind Polizeibehörden geschaffen worden, die sicherstellen, dass die Polizei überall im Land zeitnah, laugeangepasst und bürgernah ihre Aufgaben erfüllen kann. Da die Polizei nicht alleiniger Aufgabenträger der Inneren Sicherheit ist, orientieren sich sowohl die sachlichen als auch örtlichen Zuständigkeiten auch an denen der Strafverfolgungs- und Sicherheitsbehörden im Land Sachsen-Anhalt. Aufgaben der Polizeiverwaltung und des Polizeivollzugs sind in einer landesweit zuständigen Polizeibehörde angegliedert, soweit sich daraus ein Effizienzgewinn erzielen lässt, ohne dass dadurch die Flexibilität und Wirksamkeit der polizeilichen Aufgabenerfüllung reduziert wird.

Durch den jahrelangen Personal- und Stellenabbau, die Aufgabenzuwächse und die ständigen Personalverlagerungen in Schwerpunktbereichen, hat die Polizei in Sachsen-Anhalt ein großes Personalproblem. Momentan sind rund 5 700 Polizeibeamtinnen und -beamte

beschäftigt. Diese Zahl soll perspektivisch auf 7 000 erhöht werden. Das dauert aber, denn: Die Polizeiausbildung dauert normalerweise drei Jahre. Zudem werden Altersabgänge das Problem noch weiter verschärfen. „Vor dem Hintergrund, dass die Einrichtung jeder zusätzlichen Polizeiinspektion weniger Personal in den Basisdienststellen bedeutet, ist hier kein Fortschritt und keine Verbesserung der Personalsituation zu erkennen“, so der Landeschef.

Ausdrücklich von der DPolG begrüßt werde, dass die Einsatzzeit von Wachpolizisten bis zum Jahr 2021 verlängert wird. Nach Auslaufen des befristeten Vertrages wird ihnen die Möglichkeit geboten, eine Ausbildung für den Polizeivollzugsdienst zu absolvieren. Zu ihren Aufgaben gehören vor allem Tempokontrollen und die Begleitung von Schwerlasttransporten. „Auch das ist eine Möglichkeit der Entlastung der Polizei, wir brauchen diese Kräfte – aber dauerhaft“, sagte Ladebeck.

### ■ Haushaltsmittel für freiwillige Verlängerung der Lebensarbeitszeit freigegeben

Im Hinblick auf den Personal-mangel begrüßte Ladebeck die Entscheidung des Innenministeriums, aus seinem Personal-



kostenbudget die für die freiwillige Verlängerung der Lebensarbeitszeit notwendigen Haushaltsmittel freizugeben. Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte können ab sofort bis zu einer Dauer von maximal einem Jahr, längstens

bis zum 31. Dezember 2019, ihren Ruhestand hinausschieben. Damit wird eine Forderung des Beamtenbundes und der DPoIG erfüllt. „Endlich hat das Innenministerium aus seinem Personalkostenbudget die für die freiwillige Verlängerung

der Lebensarbeitszeit notwendigen Haushaltsmittel freizugeben. Rechtlich ist längeres Arbeiten schon lange möglich, Anträge von Polizeivollzugsbeamten wurden aber bisher regelmäßig aus häuslicher Gründen abgelehnt“, sagte La-

debeck. Kritisiert werde allerdings, dass die Maßnahme bis Ende 2019 befristet sei. „Auch Ende 2019 wird die Personalsituation noch angespannt sein“, sagte Ladebeck. Jetzt müsse man abwarten, wie viele Anträge gestellt werden. ■

Durchgesetzt

## Zuschlag für Beamte, die länger arbeiten

Beamtinnen und Beamte, die freiwillig länger arbeiten und ihren Ruhestand hinausschieben, erhalten ab dem 1. Januar 2019 einen Zuschlag.

„Wieder einmal ist nicht die Landesregierung, sondern das Parlament unserer Auffassung gefolgt, dass die Zahlung eines Zuschlags für das Arbeiten über die Altersgrenze hinaus verpflichtend für alle Ressorts sein muss und keine Ermessensfrage sein darf. Wer unsere Forderung erfüllt, ist zweitrangig. Entscheidend ist, unsere Forderung wurde erfüllt“, kommentierte dbb Landesschef Wolfgang Ladebeck den Beschluss des Landtages vom 22. November 2018.

Zuschläge gibt es zukünftig nicht nur für das Hinausschieben des Eintritts in den Ruhestand, sondern auch für die Übernahme einer Tätigkeit in Bereichen mit Fachkräftemangel im öffentlichen Dienst. Außerdem können Anwärtersonderzuschläge eingeführt werden, wenn ein erheblicher Mangel an qualifizierten Bewerberinnen und Bewerbern besteht. Mittels Zulagen finanzielle Anreize zu schaffen, ist nach Auffassung des Beamtenbundes eine längst überfällige Maßnahme. Um im öffentlichen Dienst wettbewerbsfähig zu bleiben, muss die Besoldung aber insgesamt angehoben werden.

Enttäuscht ist der dbb, dass die Landesregierung nur den Beamtinnen und Beamten den Differenzbetrag zur abgesenkten

Ostbesoldung in 2008 und 2009 nachzahlt, die fristgerecht Widerspruch erhoben beziehungsweise Klage eingereicht haben. „Die Landesregierung und die sie tragenden Parteien, CDU, SPD und Die Grünen, machen

wieder einmal Politik nach Kasenslage. Wie schon bei der altersdiskriminierenden Besoldung macht sie nicht von der Möglichkeit Gebrauch, einen festgestellten Verfassungsverstoß für alle Beamtinnen und

Beamten zu beheben. „Nur wer klagt, bekommt Recht“ bestätigt sich zum wiederholten Mal und erschüttert das Vertrauen der loyalen Staatsdiener zu ihrem Dienstherrn aufs Neue“, sagte Ladebeck. ■

### 60. dbb-Jahrestagung in Köln



Rund 1 000 Teilnehmer kamen zur 60. dbb Jahrestagung in Köln vom 6. bis 8. Januar 2019 im Congress-Centrum-Nord in Köln zum Thema „100 Jahre Frauenwahlrecht – 70 Jahre Grundgesetz – 30 Jahre Friedliche Revolution: vereint in Einigkeit und Recht und Freiheit!“. Auf dem Bild die Teilnehmenden des dbb sachsen-anhalt.

Beihilfe

# Forderungspapier an Finanzministerin übergeben

Deutliche Verbesserungen in der Beihilfe forderte der tbb beamtenbund und tarifunion thüringen am 14. Januar 2019 in einem Gespräch von der Thüringer Finanzministerin Heike Taubert. Eine bessere Personalausstattung der zuständigen Abteilung ist dazu dringend erforderlich.

Der tbb Vorsitzende Helmut Liebermann kritisierte, dass nach mehr als zwei Jahren immer noch nicht das Pflegestärkungsgesetz II in die Thüringer Beihilfeverordnung eingearbeitet wurde. Dieses trat bereits zum

1. Januar 2017 in Kraft und brachte als wesentliche Änderung die Umstellung von Pflegegraden auf Pflegegrade mit sich. Es könne nicht hingenommen werden, dass die sogenannte Vorprüfung ärztlicher Kosten-



> Helmut Liebermann (links) und Uwe Köhler übergeben Forderungspapier Beihilfe an Heike Taubert.

voranschläge nicht mehr stattfindet. Dadurch trage seit der Abschaffung dieses Verfahrensschrittes jede Beamtin und jeder Beamte das volle Kostenrisiko. Weiterhin setzt sich der Beamtensbund für eine Erhöhung der beihilfefähigen Höchstbeträge ein, da diese nicht mehr der Lebenswirklichkeit entsprechen.

Erarbeitet hatte den Forderungskatalog eine Arbeitsgruppe aus Vertretern der Steuerverwaltung, der Polizei, der technischen Verwaltung und der Schulen.

Liebermann nutzte den Termin mit der Ministerin auch, um nochmals auf die Problematik mit der fehlenden Aktualisierung der Hebammengebühren-VO hinzuweisen. Dafür sei zwar das Sozialministerium verantwortlich, das Finanzministerium wäre aber ebenso in der Pflicht, die „frischgebackenen“ Mütter nicht auf den Hebammenkosten sitzen zu lassen, solange diese Formalie fehlt. Den Müttern müsse finanziell schnell unter die Arme gegriffen werden, so Liebermann im Gespräch.

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands (BSBD)

# Personalkonzept für Justizvollzug

Der BSBD Landesverband Thüringen hat seit dem Inkrafttreten neuer Regelungen für den Justizvollzug im März 2014 darauf hingewiesen, dass die gesetzlichen Aufgaben mit dem zur Verfügung stehenden Personal nicht erfüllt werden können – obwohl sich der Gesetzgeber selbst gesetzlich verpflichtet hatte, das erforderliche Personal zur Verfügung zu stellen.

Dieser selbst auferlegten Verpflichtung ist die Landesregierung trotz – auch öffentlicher Warnungen des BSBD – bisher nicht nachgekommen. Die Personalsituation hat sich seit dieser Zeit vielmehr stetig verschlechtert und einen besorgniserregenden Stand erreicht.

Dabei hat Thüringens Justizminister Dieter Lauinger auf einer Landesmedienkonferenz im April 2018 ein neu erarbeitetes

Vollzugskonzept für Thüringen vorgestellt. Neben vielen Aspekten zur Organisation und weiteren Gestaltung des Justizvollzuges hat sich die Landesregierung in dem Konzept erstmals von der (früher auch durch ihre Vorgänger geäußerten) Behauptung verabschiedet, dass Thüringen über ausreichend Personal im Justizvollzug verfügt. Vielmehr räumte man zumindest teilweise ein, dass die Personalsituation problematisch sei.



> Jörg Bursian, BSBD-Landesvorsitzender

Im Zusammenhang mit dem Vollzugskonzept wurde ein Personalkonzept für die zweite Jahreshälfte 2018 nach der Parlamentspause in Aussicht gestellt. Dieses lag bei Redaktionsschluss jedoch noch nicht vor.

## > 25 Prozent altersbedingte Abgänge im Justizvollzug bis 2024

Ferner hat sich die Landesregierung dazu bekannt, auch in Zukunft Beamtinnen und Beamte im Bereich des Vollzuges einzusetzen. Der Einsatz von Tarifbeschäftigten soll demnach nur in Einzelfällen erfolgen und allenfalls eine vorübergehende Lösung zur Überbrückung von Engpässen darstellen.

Der BSBD hatte am 25. Juni 2018 die Gelegenheit, seine Auffassungen zu einem Personalkonzept mit Ministerialdirigent Schneider, Abteilungsleiter Justizvollzug im TMMJV, und Oberregierungsrätin Carl, Personalreferentin in der Abteilung Justizvollzug des TMMJV, ausführlich zu besprechen. Der BSBD hat dabei deutlich gemacht, dass die Personalausstattung im Thüringer Justiz-



vollzug und die Lage der Beschäftigten deutlich verbessert werden muss. Derzeit fehlen landesweit bis zu 100 Beschäftigte.

Zudem werden bis 2024 etwa 130 Beschäftigte in den Ruhestand versetzt. Diese Zahlen erscheinen zwar auf den ersten Blick im Vergleich zu anderen Bereichen der Landesverwaltung nicht sehr hoch, es handelt sich aber um etwa 25 Prozent der Beschäftigten.

Hinzu kommt, dass die Ausbildung von neuen Beschäftigten zwei Jahre dauert. Aus BSBD-Sicht werden die Folgen dieser katastrophalen Entwicklung der Personalsituation immer noch unterschätzt. Während sich in anderen Bereichen „nur“ die Verfahrensdauern erhöhen oder bestimmte Aufgaben nicht wahrgenommen werden können (zum Beispiel Unterrichtsausfall im Bildungsbereich, längere Bearbeitungszeiten in der Finanzverwaltung und so weiter), hat der Personalmangel im Justizvollzug unmittelbare Folgen. Es klingt zwar banal, aber: Gefangene könnten eben nicht einfach nach Hause geschickt werden, wenn keine Beamten da sind – von qualitativen Anforderungen, die nicht mehr erfüllt werden könnten, ganz zu schweigen.

Eine berechenbare Dienstplanung ist schon jetzt kaum mehr möglich. Die mangelnde Personalausstattung wird damit auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen. Im Sommer 2018 ist nun durch die Aufsichtsbehörde endlich die vom BSBD geforderte Personalbemessung in den Anstalten durchgeführt, deren Ergebnis in das Personal-konzept einfließen soll.

Neben der Verbesserung der Personalsituation insgesamt ist es aber erforderlich, die Lage der Beschäftigten und die Attraktivität des Berufs der Justizvollzugsbeamten deutlich zu verbessern. Die Arbeit der Vollzugsbeamten hat sich deutlich verändert. Bei ohnehin gestiegenem Aufgabenumfang hat sich auch die Zahl der psychisch auffälligen Gefangenen und die der Gefangenen mit deutlichen Sozialisationsdefiziten immens erhöht. Das geht mit einem zunehmenden Respektverlust der Gefangenen gegenüber den Beschäftigten einher.

Zudem werden die Beschäftigten mit diesen Problemen allein gelassen. Verbal geäußerte Wertschätzungen durch Vertreter der Politik können nicht mehr ernst genommen werden und erschienen als bloße Lippenbekenntnisse, weil konkrete Maßnahmen leider seit vielen Jahren ausbleiben.

## ■ Eingangsamt im mittleren allgemeinen Vollzugsdienst auf A 8!

Vielen Maßnahmen in anderen Bereichen öffentlicher Arbeitgeber, beispielsweise der viel diskutierten Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, sind darüber hinaus im Justizvollzug, beispielsweise wegen dem Einsatz im Schichtdienst, deutliche Grenzen gesetzt. Diese Umstände müssen an anderer Stelle kompensiert werden.

Der BSBD fordert daher die Erhöhung des Eingangsamtes im mittleren allgemeinen Vollzugsdienst auf A 8 sowie eine Anpassung der Erschwerniszulagen, beispielsweise durch eine Anpassung der Zulagen für Dienste zu ungünstigen Zeiten.

Solche Maßnahmen wurden in anderen Bundesländern bereits durchgeführt und haben sich dort bewährt. Sie sind zudem erforderlich, um junge Menschen für eine Tätigkeit im Justizvollzug zu gewinnen. Ergänzend müsste wieder ein Anwärtersonderzuschlag gewährt werden. Thüringen ist mittlerweile nahezu das einzige Bundesland, in dem kein solcher Zuschlag gewährt wird.

Dabei wird von den Bewerbern in der Regel eine abgeschlossene

ne Berufsausbildung erwartet, gewünscht sind zudem berufliche Tätigkeiten und möglichst auch Lebenserfahrung. Bereits im Vorbereitungsdienst erfolgt ein Einsatz im Schichtdienst. Schon jetzt ist entsprechend der BSBD-Prognosen feststellbar, dass sich unter diesen Bedingungen bei einer Vergütung unter Mindestlohniveau kaum ausreichend gut geeignete Bewerber finden lassen.

Insgesamt spielte der Justizvollzug in der Wahrnehmung der Beschäftigten in der Politik nur dann eine Rolle, wenn die Presse über aus ihrer Sicht spektakuläre Ereignisse berichtet. Man befasst sich offensichtlich lieber mit dem Bildungssystem und der Polizei. Natürlich gibt es auch dort erhebliche Probleme, die gelöst werden müssten. Das darf aber nicht dazu führen, dass der Justizvollzug nahezu unbeachtet bleibt.

Aus heutiger Sicht steuert der Vollzug auf eine personelle Katastrophe zu, wenn nicht zeitnah entsprechende Maßnahmen ergriffen würden. Der BSBD ist daher gespannt, welche seiner Anregungen im Personalkonzept aufgegriffen und dann auch umgesetzt werden.

Jörg Bursian,  
BSBD-Landesvorsitzender

## dbb jugend thüringen

# Landesjugendtag findet im März statt

Die Vorbereitungen für den Landesjugendtag der dbb jugend thüringen am 15. März 2019 laufen auf Hochtouren.

Bessere Aufstiegschancen, regelmäßige Beförderungen, unbefristete Arbeitsverhältnisse – als Regelfall, die 39-Stunden-Woche auch im Tarifgebiet Ost, bessere Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Ehrenamt – Bei diesen Schlagworten, weiß jeder junge Beschäftigte in

Thüringen, dass noch einiges zu tun ist.

Die dbb jugend thüringen setzt sich für die Verwirklichung dieser Ziele ein. Aber in der dbb jugend engagiert zu sein, heißt nicht bloß, sich zu engagieren, sondern auch Teil einer starken

Gemeinschaft zu sein und Spaß zu haben. Streiks, Tagungen und Sitzungen sind mindestens genauso wichtig wie Stammtische, Feiern und gemeinsame Freizeitaktivitäten.

Am 15. März 2019 wird auf dem Landesjugendtag die Lan-



desjugendleitung (LjL) neu gewählt. Einige Kollegen haben auch bereits ihre Kandidatur für Ämter erklärt. Das zeigt, dass es Spaß macht und sich lohnt, in der dbb jugend thüringen aktiv zu sein.

Christian Bürger,  
Mitglied der Landesleitung der komba gewerkschaft thüringen

## Gewerkschaft Technik und Naturwissenschaft (BTB)

# Fachtagung der BTB-Frauen

Im Oktober 2018 hatte die Frauenvertreterin des BTB Thüringen, Simone Pabst, zu einer frauenpolitischen Fachtagung nach Rudolstadt eingeladen.

24 Teilnehmerinnen aus allen Teilen Thüringens waren gekommen. Auch der Vorsitzende des BTB, Frank Schönborn, nahm an der Veranstaltung teil.

Nach der Begrüßung besichtigte die Gruppe das Staatsarchiv im Schloss Heidecksburg, Rudolstadt, und bekam Einblicke in alte Karten, Urkundenrollen und etwa 250 Jahre alte Dokumente gewährt. Ein Highlight war ein Siegel mit einem Durchmesser von rund 25 Zentimetern.

Beim anschließenden Mittagessen berichtete Frank Schönborn über Neuigkeiten der Ge-



werkschaftsarbeit. Außerdem referierte als Gast die Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Rudolstadt, Birgit Lamprecht. Sie berichtete von ihrer Arbeit in der Stadtverwaltung und stellte sich den Fragen der Teilnehmenden.

Nach einer weiteren Führung durch das Schloss folgte eine lange Diskussionsrunde über aktuelle Themen in den einzelnen Bereichen des öffentlichen Dienstes.

Die Veranstaltung endete mit dem vielfach geäußerten Wunsch, diese Treffen künftig jährlich statt nur alle zwei Jahre stattfinden zu lassen.

*Simone Pabst,  
BTB Thüringen,  
Frauenvertreterin*

## Thüringer Philologenverband (TPhV)

# Dritte Fremdsprache – Quo vadis?

Die Vereinbarung der Kultusministerkonferenz (KMK) vom 15. Februar 2018, der zufolge künftig auf Abiturzeugnissen das Abschlussniveau nach dem Gemeinsamen europäischen Referenzrahmen für Sprachen (GeR) ausgewiesen wird, verursachen einschneidende und ungünstige Änderungen für die Thüringer Schüler.

Um auf die geforderten zwölf Wochenstunden im Unterricht in der dritten Fremdsprache zu kommen, muss diese in den Klassenstufen 10 bis 12 mit je vier Wochenstunden unterrichtet werden. In der Klassenstufe 10 kann der Unterricht aber nur einsetzen, wenn dies im Rahmen des Wahlpflichtunterrichtes erfolgt. Dazu wird in der Klassenstufe 9 am Gym-

nasium ein neues Fach „Sprachen und Sprachenlernen“ im Umfang von zwei Wochenstunden eingerichtet.

In der KMK-Vereinbarung ist weiter vorgesehen, dass das Abschlussniveau ab dem Abiturzeugnis 2021 ausgewiesen wird. Das bedeutet für Schüler, die in den Schuljahren 2019/20 sowie 2020/21 (die jetzigen

9. und 10. Klassen) in die Qualifikationsphase eintreten, dass sie keine neu einsetzende Fremdsprache anwählen können! Sie führen stattdessen in der Qualifikationsphase die zweite Fremdsprache fort.

Aus Sicht des TPhV ist dazu einiges kritisch anzumerken:

### ▣ Erstens

Zunächst ist es positiv, dass die dritte Fremdsprache eine Aufwertung erfahren soll. Mit insgesamt zwölf Wochenstunden soll das Stundenvolumen immerhin verdoppelt werden. Eine Aufwertung wünschen sich die Fremdsprachenlehrer dringend auch im Hinblick auf die zweite Fremdsprache: Mit

insgesamt 14 Wochenstunden dümpelt Thüringen hier im bundesweiten Vergleich am Tabellenende, womit die Thüringer Abiturienten im Vergleich zu ihren Kommilitonen aus anderen Bundesländern im Studium eklatant benachteiligt werden. Das muss unbedingt geändert werden!

### ▣ Zweitens

Die Kopplung mit dem Wahlpflichtbereich ist nicht optimal, unter den gegebenen Voraussetzungen, nämlich aufgrund der Organisation des Unterrichts in Doppeljahrgangsstufen, aber wohl unumgänglich. Fragwürdig ist jedoch das vorgeschaltete neue Unterrichtsfach „Sprachen und Sprachen-



lernen“ für die Klassenstufe 9. Im Endeffekt wird es aber wieder darauf hinauslaufen, dass die unterrichtenden Kollegen sich etwas einfallen lassen dürfen, wie sie dieses Fach gestalten. Wir rechnen wieder mit einem Bündel an Hinweisen und Anregungen, überschrieben wie immer mit „in Verantwortung der Schule“ oder „in Verantwortung des Unterrichtenden“.

Der Thüringer Philologenverband schlägt deshalb vor: Der Unterricht im Wahlpflichtbereich wird reduziert auf je zwei Wochenstunden in den Klassenstufen 9 und 10. Schüler, die die dritte Fremdsprache auswählen, haben in der Klassenstufe 9 keinen Unterricht im Wahlpflichtfach, in der Klassenstufe 10 vier Wochenstunden in der dritten Fremdspra-

che. Die zwei durch die Reduzierung gewonnenen Stunden werden an den Fachunterricht zurückgegeben (zum Beispiel: zweite Fremdsprache, Naturwissenschaften).

#### ▣ **Drittens**

Es ist zu befürchten, dass die geplante Regelung ein Massensterben der dritten Fremdsprache einleiten wird. Einmal abgesehen davon, dass vermutlich an einer Schule nur noch eine einzige dritte Fremdsprache unterrichtet werden kann, bestehen berechtigte Zweifel, dass die Schüler bereits in der Klassenstufe 8, wenn die Anwahl erfolgt, sicher abschätzen können, welche Sprache(n) sie für ihr Studium oder ihren Beruf brauchen werden. Zudem befinden sie sich zum Zeitpunkt der Anwahl

in einer Lebensphase, in der eher der Faktor Bequemlichkeit eine entscheidende Rolle spielt. Die Zahl der Schüler, die künftig eine dritte Fremdsprache auswählen, wird jedenfalls sinken.

#### ▣ **Viertens**

Zwei Jahre später sehen viele Schüler schon eher, welches Studium sie einmal anstreben wollen und welche Fremdsprachenkenntnisse sie dann benötigen. Die neu einsetzende Fremdsprache in Klasse 11 sollte deshalb unbedingt weiter ermöglicht werden. Die betreffenden Schüler belegen dann neben der zweiten, fortgeführten Fremdsprache eine dritte, neu einsetzende Fremdsprache zusätzlich. Auch wenn die Schüler hier nicht das Niveau B1 erreichen, so erwerben sie doch wenigstens Grundkennt-

nisse, die für ein weiteres Lernen dieser Fremdsprache hilfreich sind. In jedem Falle bestünde die Einbringungs-pflicht für die Fremdsprache im grundlegenden Anforderungsniveau dann aber für die fortgeführte Fremdsprache. Daneben wäre eine Regelung denkbar, dass maximal zwei Kurse aus der neu einsetzenden Fremdsprache eingebracht werden können.

#### ▣ **Fünftens**

Die geplante Regelung setzt voraus, dass die jeweilige Schule personell vier Jahre im Voraus planen muss – und dies auch kann. Hand aufs Herz: Für wie viele Schulen in Thüringen trifft das denn derzeit zu?

*Erik Onnen,  
Pressesprecher TPhV*

## Seminare 2018 der tbb Frauenvertreterinnen

# Gesundheitsprävention bis Telearbeit

Die Vorsitzende der tbb Frauenvertretung, Christiane Scheler, hat den Frauenvertreterinnen der tbb Mitgliedsgewerkschaften zwei enorm wertvolle Frauenseminare im Jahr 2018 beschert.

Im Frühjahrsseminar lag der thematische Schwerpunkt auf der Gesundheitsprävention. Im Herbstseminar konnte Rechtsanwältin Petra Woocker als Moderatorin für die Thematik „Befristete Verträge – Teilzeit – Vollzeit – Telearbeit“ gewonnen werden, welche sich als Fachanwältin für Arbeitsrecht bereits bei der dbb akademie einen Namen gemacht hat.

Vielfältige Fragen wurden zu arbeitsrechtlichen Themen geklärt. Nicht zuletzt, weil die Kolleginnen und Kollegen gerade zu Fragen der Befristung von Arbeitsverträgen und Gestaltung von Teilzeitverträgen auf ihre Gewerkschafts- und

Personalratsvertreter zu kommen. Immer noch sind zu einem großen Prozentsatz Frauen die Vertragspartner für Teilzeitverträge (etwa 80 Prozent deutschlandweit), damit sie der Doppelbelastung aus Beruf und Familie gerecht werden können.

Allein die Darstellung und Diskussion zum arbeitsrechtlichen Begriff der Befristung und die Untersetzung hinsichtlich der rechtlichen „Grundvarianten“ nahm bereits einen breiten Raum im Seminar ein.

Auch im neuen Jahr stellt sich die tbb Frauenvertretung zu künftigen Themen. Bereits am 29. und 30. März



2019 findet das nächste Frauenseminar zum Thema „Generation Babyboomer X, Y, Z“ statt.

Was bedeutet Generation X? Worin unterscheiden sich die Generationen? Wie schafft die Generation Y (Abkürzung für Young oder YouTube) den Spagat zwischen Job und Familie im Vergleich zur Generation Babyboomer? Was sind neue berufliche Anforderungen an die nächste Generation Z (Abkürzung für Zukunft)?

Auf die Teilnehmerinnen wartet ein generationsübergreifendes Thema, immer wieder spannend – immer wieder anders. Aber jederzeit mit vielen Fragen verbunden, wie man eine Life-Work-Balance in der heutigen Zeit hinbekommt.

Sichern Sie sich Ihre Teilnahme noch heute in der Landesgeschäftsstelle Thüringen unter: [post@dbbth.de](mailto:post@dbbth.de) oder melden Sie sich bei Ihrer Fachgewerkschaft.

*Gabriele Weichert, tbb*

